

Die EU-Agrarpolitik – subventionierter Irrsinn auf Kosten der Biodiversität und der Kleinbäuer*innen weltweit

In keinem Bereich weichen die Staaten der EU weiter von ihrem Bekenntnis zur Marktwirtschaft ab als bei der gemeinsamen Agrarpolitik, kurz GAP. Die Landwirtschaft ist ein hochsubventionierter Bereich – sie verschlingt mit rund 56 Mrd. Euro/Jahr rund ein Drittel des Gesamtbudgets der EU (2021 168 Mrd).

Seit ihrer Begründung durch die EWG 1957 – damals ging es vor allem um eine sichere Versorgung der Nachkriegsökonomien mit günstigen Nahrungsmitteln – wurde die GAP x-mal reformiert. Leider nicht in Richtung von mehr Stringenz und auch nicht im Sinne der Allgemeinheit, der Umwelt und nicht einmal zugunsten der Bauern und Bäuerinnen.

So nutzt etwa das Anfang der 90er eingeführte System pauschaler Flächenbeihilfen (das 3/4 der EU-Agrarmittel bindet) vor allem großen Landbesitzer*innen und macht die Übernahme von Ackerland auch für nicht-bäuerliche Investoren noch interessanter (80 Prozent der Flächenprämien gehen an 20 Prozent der Betriebe).

Diese sogenannte Landwirtschaftspolitik konnte nicht verhindern, dass z.B. Deutschland in den vergangenen 30 Jahren über die Hälfte der bäuerlichen Betriebe (1990: 630.000; 2020: 263.000) verloren hat und weiterhin rund 3.560 pro Jahr aufgeben.



Das Fördersystem der EU begünstigt Megabetriebe auf Kosten einer bäuerlichen Landwirtschaft. Foto: Jungbäuer*innen protestieren 2021 in Berlin.

Im Gegenteil: Sie hat diesen „Strukturwandel“ sogar befördert und so direkt zur sozialen Verödung ländlicher Räume beigetragen. Auch der kritische Zustand von Grundwasser und Böden sowie der dramatische Artenschwund sind letztlich Folgen der so begünstigten großen Produktionseinheiten mit ihrer meist monokulturellen Erzeugung pflanzlicher und tierischer Produkte. (Die durchschnittliche Betriebsgröße ist von 1990 bis 2020 von 15 ha auf 65 ha gestiegen).

Den Klimawandel beschleunigt dieses System gleich mit: Nicht nur durch das Umpflügen ökologisch wertvollen Grünlandes oder durch Verminderung der Kohlenstoffanreicherung in Böden infolge exzessiven Düngereinsatzes, sondern auch durch einen Zugriff auf Landflächen des Südens.

Als Futtermittel für seine Fleischproduzenten importiert Europa in großem Umfang Soja (Deutschland allein 4,5 Mio. Tonnen pro Jahr), das in Brasilien und Argentinien in industriellem Maßstab, z.T. auf gerodeter Waldfläche, angebaut wird. Auch dort, im globalen Süden, sind es sowohl Kleinbäuer*innen, die Umwelt und ökologisch wertvolle Gebiete, die den Preis für dieses in Europa erdachte System bezahlen müssen. Traditionelle Landnutzer*innen wurden schlicht und einfach ihres Landes beraubt – durch den Flächenbedarf für Soja verschiebt sich die Agrargrenze auch immer weiter in das Amazonasgebiet hinein.

Das ist nicht alles, was die GAP der Welt zumutet. Auch nach Abschaffung der Exportbeihilfen 2013 ist Europa der weltweit größte Agrar- und Lebensmittelexporteur (Volumen 2018 laut EU-Kommission 138 Mrd. Euro). Die Konkurrenzfähigkeit großer Agrarproduzenten auf dem Weltmarkt ist letztlich auch den (angeblich nicht handelsverzerrenden) Flächenprämien zu verdanken. Kleine Hersteller, z.B. Milchbauern, fallen sowohl in Europa wie im globalen Süden aus dem Rennen.

Es fehlt nicht an Informationen und Studien über die sozialen und ökologischen Folgen der GAP weltweit und in Europa. Leider wehren sich mächtige Interessengruppen aus Landwirtschaft und Agrarindustrie bis heute gegen eine ökologische und soziale Neuausrichtung, weg von den pauschalen Flächenprämien. In einem solchen Konzept würden Bäuer*innen nicht mehr als Produzent*innen von agrarischen Rohstoffen und Nahrungsmitteln adressiert, sondern zu Landschafts- und Naturpfleger*innen aufgewertet. Im Idealfall würde auch noch ihr Beitrag zum Erhalt ländlicher Strukturen honoriert. Mit der jüngsten Reform der GAP wurde die Chance auf den Einstieg in einen solchen Prozess vertan.

Von Isabel Armbrust